

Wien, am 24. September 2013

**Betreff:** Stellungnahme zur Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst (542/ME)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ihnen ist wohl nicht bewusst, wie leichtfertig Sie mit der Zukunft unserer Kinder umgehen. Denn das „Sparpaket“ – und als nichts anderes kann man das neue LehrerInnen-Dienstrecht bezeichnen – wird zwar auf dem Rücken von uns LehrerInnen ausgetragen, betrifft aber vor allem die Bildung und Entwicklung der Kinder und somit die Zukunft Österreichs.

Ich bin AHS-Lehrerin im 10. Dienstjahr an einer Wiener Gesamtschule und liebe meinen Beruf. Doch im Ministerium scheint unter der Bezeichnung LehrerIn ein/e reine/r Wissensvermittler verstanden zu werden, anders kann ich mir die geplanten Änderungen nicht erklären.

Mein Aufwand in der Schule umfasst derzeit folgende Tätigkeiten:

- Unterrichtsvorbereitung
- Unterricht, z.T. mit differenzierten Aufgaben für unterschiedlich leistungsstarke SchülerInnen
- Unterrichtsnachbereitung
- Gespräche mit SchülerInnen
- Gespräche mit Eltern
- Gespräche mit SozialarbeiterInnen
- Betreuung von Kindern in der Tagesbetreuung
- Vorbereitung und Durchführung von Elternabenden
- Planung und Durchführung von Schullandwochen, Schikursen, Sommersportwochen und Projektwochen
- Kontaktaufnahme mit dem Stadtschulrat für schulpsychologische Testungen von SchülerInnen
- Durchführung von wöchentlichen Teamsitzungen unter den LehrerInnen
- Planung von fächerübergreifenden Projekten
- Besuch von Fortbildungen und Seminaren in meiner ununterrichtsfreien Zeit
- Erarbeitung von Aufgaben der neuen kompetenzorientierten Reifeprüfung
- Klassenvorstandstätigkeiten, wie Eingabe der SchülerInnen- und Elterndaten in ein Programm, Einsammeln der Kontrolle der Entschuldigungen, Austeilung diverser Mitteilungen und Einsammeln der dazugehörigen Abschnitte, Kontrolle der Unterschriften im Mitteilungsheft, ...
- Mitarbeit in Arbeitsgruppen der Schule
- Einfordern von Verbindlichkeiten, Regeln und Pflichten
- Organisation eines wienweiten Sportturnieres

Wie Sie sehen können, umfasst meine Tätigkeit als Lehrerin ein großes Gebiet unterschiedlichster Aufgaben, von denen die Unterrichtstätigkeit selbst nur ein Teil unter vielen ist.

Wenn Sie jetzt meine Lehrverpflichtung auf 24 Unterrichtsstunden erhöhen, habe ich zwei Möglichkeiten:

- 1) Ich reduziere alle anderen oben angeführten Tätigkeiten, die derzeit für mich ein selbstverständlicher Teil meiner Lehrverpflichtung sind.
- 2) Ich mache so lange weiter, bis ich im Burnout bin oder kündige, weil ich mich den Anforderungen, die ich an mich als Lehrerin stelle, nicht mehr gewachsen sehe.

Beides wird den Kindern schaden, denn wenn ich den Großteil meiner Tätigkeiten streichen muss, weil meine erhöhte Unterrichtsverpflichtung meine gesamte Zeit beansprucht, bleibt die intensive Betreuung vor allem benachteiligter Kinder auf der Strecke. Wenn ich kündige, geht der Schule eine engagierte Pädagogin verloren.

Am neuen LehrerInnendienstrecht möchte ich aber noch weitere Punkte kritisieren:

- a) Die **Induktionsphase** sieht vor, dass BerufseinstiegerInnen 22 Stunden in der Woche in der Klasse stehen, nebenbei noch verpflichtende Lehrveranstaltungen des Induktionsphasen-Lehrgangs besuchen, gleichzeitig ihr Master-Studium absolvieren und eine Master-Arbeit schreiben und dann auch noch ihrer Hospitationsverpflichtung nachkommen. Eine qualitativ hochwertige LehrerInnenausbildung würde den jungen LehrerInnen Zeit geben, ihre Unterrichtsstunden vorzubereiten, ihnen einen Mentor zur Verfügung stellen, der erstens Zeit hat, in den Unterrichtsstunden anwesend zu sein und die Unterrichtsstunden ausführlich zu besprechen und eventuelle Probleme zu evaluieren und gemeinsam an Lösungsvorschlägen arbeiten. Das ist im Entwurf alles nicht berücksichtigt.
- b) **Unterschiedlich hohe Zulagen** entwerten die pädagogische Arbeit der LehrerInnen unterschiedlicher Altersstufen und widersprechen den angeblichen Intentionen der „BildungsreformerInnen“.
- c) Die Möglichkeit, LehrerInnen bei Bedarf in jedem Fach einzusetzen, führt zur **Entprofessionalisierung des Unterrichts**.
- d) Die **unterschiedlichen Dienstverträge** mit unterschiedlichen Arbeitsbelastungen der LehrerInnen wird entweder zu einer Verschlechterung des Verhältnisses unter den LehrerInnen bzw. zu einem erhöhten Druck auf LehrerInnen in „alten“ Dienstverträgen führen.
- e) Auf das geringere Lebenszeiteinkommen bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitszeit möchte ich gar nicht näher eingehen.

Alles in allem befürchte ich, dass das neue LehrerInnen-Dienstrecht keinem seiner selbst gesteckten Ansprüche gerecht werden wird: Weder kommt die Mehrarbeitszeit der LehrerInnen den SchülerInnen zugute, noch ist eine bessere Bildungsqualität für SchülerInnen unter diesen Voraussetzungen nicht möglich.

Abschließend möchte ich noch zu Frau Schmieds Aussage in Vorarlberg am 19. September Stellung nehmen. Ich persönlich, die ich täglich für die Kinder und Jugendlichen meiner Klassen das Beste gebe, fühle mich und meinen Berufsstand herabgewürdigt. Ihre Aussage zeigt, wie wenig ihr an der

Bildung und der Zukunft unserer Kinder liegt und ihr abfälliger und verhöhnender Tonfall über unseren Berufsstand zeigen mir, wie wenig sie von uns LehrerInnen hält.

Mit freundlichen Grüßen,

Sonja Loos  
Lehrerin am RgORg 23  
Anton-Krieger-Gasse

P.S.: Mit der Bitte um Veröffentlichung!